

5539 Beiträge an die Greater Zurich Area 2020-2023

Herr Präsident, Frau Regierungsrätin

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Es wurde jetzt in dieser Debatte vieles gesagt, einiges davon war nicht ganz zutreffend. So wurde etwa anfänglich auch durch den von mir geschätzten Herrn Kommissionspräsidenten gesagt, eine Minderheit – gemeint ist diejenige der SP – unterstütze den Kredit, stelle aber diesen Minderheitsantrag für einen neuen Finanzierungsschlüssel. Das ist nicht ganz falsch, aber eben auch nicht ganz richtig. Deshalb will ich die Position der SP hier nochmals klarstellen:

Die SP-Fraktion stellt die GZA in der Tat nicht grundsätzlich infrage. Zwar gibt es auch bei uns durchaus Fragezeichen, wie sie etwa von den Grünen oder der AL geäussert wurden, etwa, wie gross die Effekte eines solchen Standortmarketings überhaupt sind, wie viel die GZA zum Ansiedlungserfolg beiträgt, oder ob es nicht doch andere Faktoren sind, die dazu führen, dass sich Unternehmen hierzulande niederlassen. Aber trotz diesen Fragezeichen: Dass die SP-Fraktion die GZA nicht grundsätzlich infrage stellt, ersehen Sie ja daran, dass wir den gestellten Nichteintretensantrag nicht unterstützen.

Aber – und das ist ein grosses Aber – wir sind mit dem aktuellen Finanzierungsschlüssel der GZA nicht zufrieden. Denn dieser Finanzierungsschlüssel führt, vereinfacht gesagt, dazu,

dass wir als Kanton Zürich die Standortförderung des Kantons Zug finanzieren. Der Kanton Zürich zahlte 2017 2,1 Millionen Franken an die GZA, der Kanton Zug gerade mal 180'000 Franken. Man rechne: Wir zahlen zwölf Mal mehr als der Kanton Zug. Die Ansiedlungen, die sich die GZA auf die Fahnen schreibt, gehen aber Jahr für Jahr zu mehr als der Hälfte in den Kanton Zug. Also: Der Kanton Zug heizt mit seiner Steuerpolitik nicht nur den Steuerwettbewerb über das erträgliche Mass hinaus an, sondern er lässt sich dann auch noch sein Standortmarketing zu einem erheblichen Teil vom Kanton Zürich finanzieren. Man muss sagen: Clever vom Kanton Zug, ziemlich dämlich von uns.

Deshalb verlangen wir mit dem Minderheitsantrag von Birgit Tognella, dass die Beitragserhebung inskünftig auch ein Element enthalten muss, welches sich nach dem Ansiedlungserfolg richtet. Damit müsste der Kanton Zug inskünftig mehr bezahlen, wir etwas weniger. Wie dieses Element genau ausgestaltet ist, das lassen wir offen, insofern stossen hier die Argumente von FDP und GLP für die Ablehnung unseres Antrags ins Leere. Ihre Anmerkungen, etwa die von Kollegin Wyss-Cortellini, dass ein Ansiedlungserfolg nicht von Jahr zu Jahr berechnet werden kann, sondern mittelfristig ermittelt werden muss, das könnte durchaus berücksichtigt werden. Unverständlich ist mir die Haltung der CVP. Sie hat zwar gesagt, eine Ergänzung des Schlüssels mit einem Element, das den Ansiedlungserfolg misst, sei sinnvoll. Sie wolle aber keine Verzögerung und lehne deshalb unseren

Minderheitsantrag ab. Hier liegt offenbar ein Missverständnis vor: Sie können diesem Antrag durchaus zustimmen, denn auf die jetzige Beitragsperiode hat unsere Forderung noch keinen Einfluss, es betrifft die nächste Beitragsperiode, insofern gibt es so oder so keine Verzögerung.

Unser Minderheitsantrag ist ein sinnvoller Antrag, ausser natürlich, Sie wollen weiterhin den Kanton Zug quersubventionieren. Wir wollen das nicht. Wir werden also auf die Vorlage zwar eintreten, den Nichteintretensantrag also nicht unterstützen. Aber die Zustimmung zu unserem Minderheitsantrag ist die Voraussetzung dafür, dass die SP-Fraktion in der Schlussabstimmung dieser Vorlage zustimmen kann. Wir sind also bereit, die Beiträge für die nächsten vier Jahre so, wie beantragt, zu sprechen, aber nur unter der Voraussetzung, dass der Regierungsrat den Auftrag erhält, für die nächste Beitragsperiode einen neuen und für den Kanton Zürich vorteilhafteren Finanzierungsschlüssel zu verhandeln.

In diesem Sinne bitte ich Sie, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen. Besten Dank.